

**Bezirksparteitag  
SPD-Bezirk Braunschweig  
21. April 2007 in Gifhorn**

<b>Antrag/Thema:</b>	<b>Atommüll Asse II</b>	<b>Nr.:</b>
<b>Antragsteller:</b>	SPD Unterbezirk Wolfenbüttel	
<b>Block:</b>		

**Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

1. Das **Atomrecht** soll für alle Atommüllendlager in der Bundesrepublik Deutschland gelten. Das heißt auch das Atommüllendlager Asse II ist unter das Atomrecht zu stellen, wenn der dort eingelagerte Atommüll im Schacht verbleiben soll.
2. Für Asse II soll eine wissenschaftliche Aussage über die **Eintreffenswahrscheinlichkeit** zum Konzept des Betreibers (GSF) erstellt werden.
3. Der Betreiber von Asse II soll im Rahmen des Sicherheitsnachweises **Maßnahmen** darstellen, wie auf eine **Überschreitung der** heutigen oder zukünftigen **Grenzwerte** durch Austritt radioaktiver und / oder chemisch-toxischer Stoffe aus Asse II in die Biosphäre reagiert werden kann. Um einen sinnvollen Katastrophenschutz zu gewährleisten sind Maßnahmenpläne zu erstellen.
4. Die **Standsicherheit** von Asse II soll unter Beteiligung unabhängiger Wissenschaftler auf folgende Fragen untersucht werden:
  - a) Ist die Standsicherheit des Schachtes Asse II für eine Rückholung des Atommülls gegeben?
  - b) Mit welchen zusätzlichen Maßnahmen kann die Standsicherheit ggf. für den Zeitraum der Rückholung sichergestellt werden?

Begründung:

Zu 1:

Während der wissenschaftlichen Versuche im Schacht Asse II mit atomaren Abfällen wurde das Lager als „Versuchsendlager“ und „Forschungsbergewerk“ bezeichnet. Heute ist klar, Asse II ist endgültig ein Atommüllendlager, denn die Betreiber planen, die in Asse II lagernden ca. 126.000 Fässer Atommüll auf Dauer dort zu belassen. Bisher wurde Asse II nach dem Bergrecht behandelt. Um den Bürgern und der Öffentlichkeit umfassende Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte einzuräumen, muss für das Planfeststellungsverfahren, Abschlussbetriebsplan und alle weiteren die Schließung betreffenden Fragen das Atomrecht angewendet werden.

Wesentlicher Bestandteil des Atomrechtes ist die atomrechtliche und technische Prüfung des gesamten Schließungsverfahrens.

Angenommen( )

Abgelehnt ( )

Erledigt durch\_\_\_\_\_

**Bezirksparteitag  
SPD-Bezirk Braunschweig  
21. April 2007 in Gifhorn**

Das Schließungsverfahren von Asse II, ist von erheblicher (nuklear-) sicherheitsspezifischer Bedeutung. Die gesamte Strahlungsaktivität betrug im Jahre 2002 = 83.300 Curie. Das Inventar unter anderen: 102 t Uran, 87 t Thorium, ca.12 kg Plutonium und Radium.

Zu 2:

Die Modellrechnungen des Betreibers (GSF) zur Schachtanlage Asse II erfolgen mittels Zufallsgenerator nach dem Monte Carlo-Verfahren mit ca. 300 Parametern aus Messungen, Laborversuchen und Expertenschätzungen. Diese Modellrechnung enthält viele Toleranzbereiche, Fehlersummierungen und evtl. auch falsche Annahmen/Schätzungen, die mit der Realität nicht unbedingt übereinstimmen müssen. Das Zusammenspiel der vielen Bauteile und Materialien und Belastungen ist nicht komplett berechenbar. Wären technische Vorgänge nach den physikalischen Gesetzen so leicht zu berechnen, dann würde keine Firma Geld ausgeben für aufwendige Testläufe. Die Eintreffenswahrscheinlichkeit zeigt die Unsicherheiten auf.

Zu 3:

Laut des Betreibers (GSF) ist es sehr wahrscheinlich, dass radioaktive und toxische Stoffe in die Biosphäre gelangen werden. Im Sicherheitsnachweis soll dargelegt werden, dass mit einer zur Zeit noch nicht veröffentlichten Wahrscheinlichkeit die heute zulässigen Grenzwerte über Jahrtausende eingehalten werden. Es wird nur von Wahrscheinlichkeiten gesprochen werden können, auch ohne zusätzliche Wegsamkeiten (z.B. Risse, Durchlässigkeiten) kann niemand garantieren, dass die heutigen oder gar zukünftigen Grenzwerte eingehalten werden.

Die Ergebnisse der Rechnungen zum Sicherheitsnachweis hängen von der Wahl der Eingabeparameter und deren Grenzen ab, die auf Laborversuchen, Messungen und Expertenschätzungen beruhen.

Weitere Voraussetzung ist, dass der instabile Berg sich über die Jahrtausende an die gewählten Berechnungsmodelle hält.

Für Asse II wird in Kauf genommen, das nach dem Verschluss sich innerhalb von 10-100 Jahren die Verpackungen und Bindungen des Atommülls auflösen, Radionuklide in Lösung gehen und durch den Druck des Berges, in die Biosphäre gepresst werden.

**Es besteht die Gefahr der atomaren Grundwasserverseuchung.**

Zu 4:

Widersprüchliche Aussagen des Betreibers (GSF) innerhalb kürzester Zeit zur Standsicherheit hinterlassen den Eindruck, dass es bei Asse II nur noch um Kostenminimierung geht, d.h. um die billigste Lösung und nicht die wissenschaftlich fundierte, weniger den Menschen und die Umwelt belastende Lösung.

Weiterleitung an:

SPD Landesparteitag Niedersachsen und SPD Landtagsfraktion  
SPD Bundesparteitag und SPD Bundestagsfraktion

Angenommen( )

Abgelehnt ( )

Erledigt durch\_\_\_\_\_